

NATIONALRAT
Herbstsession 2013

Fragestunde vom 23. September 2013

(Art. 31 des Geschäftsreglementes)

Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation

13.5362 Rickli Natalie. Nicht ausgestrahlte Sportsendungen auf SRF

Obwohl das SRF die Lizenz für das Spiel Fiorentina-GC für den 29. August 2013 besass, hat es dieses im Fernsehen nicht ausgestrahlt, weil alle Kanäle belegt waren. Ist der Bundesrat bereit, die SRG dazu zu verpflichten, Sublizenzierungsrechte für solche Sportanlässe zu erwerben, damit diese bei Nicht-Ausstrahlung auf SRF-Sendern kostenlos an Schweizer Sender (z.B. 3+) weitergegeben werden können?

13.5364 Hodgers. Überbrückung des Lac de Genève durch ÖPP finanziert. Beteiligt sich der Bund?

Aus Genfer Wirtschaftskreisen wurde ein Projekt in öffentlich-privater Partnerschaft (ÖPP) zur Finanzierung der Autobahnbrücke über das untere Genferseebecken (Traversée du Lac) vorgestellt. Das Projekt sieht eine jährliche von der öffentlichen Hand zu zahlende "Miete" von 100 bis 235 Millionen Franken für das Werk vor. Sieht der Bund vor, sich an der Zahlung dieser "Miete" zu beteiligen?

13.5365 Vitali. Plakatwerbung. Abschaffung von Ungleichbehandlungen

Entlang der Schweizer Autobahnen ist Plakatwerbung im Sichtfeld der Autofahrer gemäss SSV Artikel 98 nicht erlaubt. An vielen Gebäuden entlang der Autobahnen sieht man jedoch grosse Plakate, die die Vorgaben verletzen.

1. Hat das ASTRA Ausnahmen bewilligt?

Wenn ja, welche?

2. Wie werden Verstösse geahndet?

3. Ist das Parkieren von Lastwagen mit Werbeaufdrucken auf firmeneigenen Parkplätzen neben der Autobahn eine Umgehung dieses Verbots?

4. Wie verhindert das ASTRA Ungleichbehandlungen?

13.5372 Böhni. Power to gas-Projekte können einen wichtigen Beitrag bei der Umsetzung der Energiestrategie 2050 leisten

Aktuelle Ereignisse (St. Gallen) bei der Tiefengeothermie zeigen, dass noch eine lange Entwicklungszeit/Markteinführungsphase notwendig ist. Da stellt sich die Frage, ob die Technik Power to Gas (z.B. Umwandlung von Solarstrom in Gas) nicht stark forciert werden sollte, zumal diese Technologie sehr erfolgsversprechend (technisch, wirtschaftlich) ist und diese eine wichtige Funktion zur Netzstabilität übernehmen kann. Ist der Bundesrat bereit Power to gas noch gezielt in der Energiestrategie 2050 zu verankern?

13.5374 Grin. Fahrschulen, Führerausweis, Zweiphasenausbildung

Das Bundesamt für Strassen prüft derzeit gewisse Änderungen betreffend die beiden Ausbildungstage für den Erwerb des definitiven Führerausweises.

1. Worin bestehen diese Änderungen?
2. Sind diese Änderungen bereits genehmigt worden?
3. Wenn ja, wann treten sie in Kraft?

13.5378 Böhni. Stromeigenverbrauch stark steigern bei Mehrfamilienhäusern

Der Bund betont in der Energiestrategie 2050 die Wichtigkeit des Stromeigenverbrauchs. Die Praxis zeigt, dass der Stromeigenverbrauch beim Mehrfamilienhaus einfach, massiv (60%) erhöht werden kann, indem gegenüber dem Energieversorger nur noch ein Stromeingangszähler installiert wird und die Zähler pro Wohnung ins Privateigentum übergehen.

Ist der Bundesrat noch bereit, diese einfache Massnahme (Ersatz mehrerer Zähler durch einen Eingangszähler) in der Energiestrategie 2050 gezielt zu berücksichtigen?

13.5392 Glättli. Hintertüren für US-Geheimdienste in Netzwerkinfrastruktur von US-Anbietern, allgemein und bei der Swisscom

Nicht zuletzt aufgrund US-amerikanischer Beschuldigungen wurde in der Vergangenheit der Verdacht aufgeworfen, dass die chinesische Firma Huawei in ihren Mobiltelefonie- und Netzwerkprodukten Hintertüren für chinesische Nachrichtendienste eingebaut haben könnte.

1. Wie beurteilt der Bundesrat generell die Gefahr, dass umgekehrt US-amerikanische Mobilfunk- und Netzwerkprodukte solche Hintertüren für amerikanische Geheimdienste eingebaut haben?
2. Wie agiert er diesbezüglich als Swisscom-Aktionär?

13.5400 Regazzi. Bahnstrecke Mendrisio-Stabio-Arcisate. Arsen im Boden. Ein italienisch-schweizerisches Trauerspiel

Während auf der Tessiner Seite der Bahnstrecke Mendrisio-Stabio-Arcisate-Varese bereits ein "Tag der offenen Geleise" stattgefunden hat, wurden auf der italienischen Seite die Bauarbeiten unterbrochen.

1. Ich frage den Bundesrat, welche Auswirkungen dieser erneute Stillstand der Arbeiten auf der Strecke Stabio-Arcisate - neben den zeitlichen Verzögerungen - auf finanzieller Ebene hat.
2. Stimmt es, dass auch auf dem Schweizer Teilstück Arsen im Boden entdeckt wurde?
3. Wie gedenkt der Bundesrat sich angesichts dieser x-ten Unterbrechung zu verhalten?

13.5411 Müller Geri. AKW Mühleberg. Mehr Radioaktivität

1. Warum gibt das AKW Mühleberg mehr Radioaktivität in die Gewässer ab als andere AKWs?

Was gedenkt der Bundesrat dagegen zu unternehmen?

2. Warum wurden die Behörden entlang der Aare über die erhöhte Radioaktivität nicht informiert?
3. Sieht auch der Bundesrat Verbesserungsbedarf bei der Information und Kommunikation seiner Aufsichtsbehörden?

13.5412 Wobmann. Welche Strategie verfolgt PostAuto Schweiz AG?

Innerhalb kurzer Zeit hat die PostAuto Schweiz AG die Verträge mit sieben privaten Postauto-Unternehmern aufgelöst. Bei den meisten geschah dies fast überfallartig. Die verbleibenden privaten Postauto-Halter sind zunehmend verunsichert und erwarten Klarheit.

Verfolgt die PostAuto Schweiz AG eine neue Strategie?

Falls ja, welche?

13.5414 Keller Peter. Was passiert mit dem alten Gotthard-Eisenbahntunnel?

Für die Sanierung des Gotthard-Strassentunnels muss der Tunnel für rund drei Jahre geschlossen werden. Schon länger geistert die Idee herum, dass der alte Eisenbahntunnel (nach Eröffnung des Neat-Tunnels) als Strassenersatz dienen könnte.

1. Ist diese Option geprüft worden?

2. Was ist mit diesem Tunnel vorgesehen, wenn der Neat-Basistunnel zwischen Uri und dem Tessin in Betrieb ist?

13.5418 Flückiger Sylvia. Ausländische Bahnschwellen für die SBB?

Der Bund sollte als Konsument von Buchenholz eine Vorreiterrolle übernehmen.

Insbesondere weil das BAFU mit teuren Programmen intensiv versucht, den Absatz von Schweizer Holz und auch für Buchenholz zu fördern.

Trifft es zu, dass die SBB 5000 Bahnschwellen aus Buchenholz in Polen eingekauft hat, an den Schweizer Unternehmen und den bestehenden Beschaffungsverträgen vorbei?

Wenn ja, warum?

13.5424 Guhl. Dringliche Einsatzfahrten. Sollen nun Feuerwehr, Ambulanz usw. beim Rotlicht anhalten?

Im Merkblatt des UVEK zur Verwendung von Blaulicht steht, dass auf einen Sicherheitshalt an Kreuzungen verzichtet werden soll, um keine Zweifel über die Beanspruchung des Vortrittsrechts aufkommen zu lassen. Das BGer schreibt in einem Urteil vom 18. Juli 2013 (Unfall im Aargau), dass ein Sicherheitshalt möglich gewesen wäre. Das Urteil sorgt bei Blaulichtorganisationen für Unsicherheit.

Müssen die Blaulichtfahrzeugführer nun bei Einsätzen an Verzweigungen anhalten, um nicht verurteilt zu werden?

13.5434 Carobbio Guscetti. Will der Bundesrat das Parlament unter Druck setzen, damit es die zweite Tunnelröhre durch den Gotthard in aller Eile beschliesst?

Der Bundesrat hat die Botschaft für den Bau einer zweiten Gotthard-Röhre in einer provisorischen Fassung zuhanden der eidgenössischen Räte verabschiedet. Es ist äusserst seltsam, dass mit der Botschaft kein Entwurf zur Änderung des Bundesgesetzes über den Strassentransitverkehr im Alpengebiet überwiesen wurde.

1. Warum hat es der Bundesrat so eilig, die Botschaft vorzulegen, wenn der Gesetzesentwurf noch nicht fertig ist?

2. Unterscheidet sich der verabschiedete Gesetzesentwurf vom Vorentwurf, der in die Vernehmlassung geschickt wurde?

Departement des Innern**13.5363 Frehner. Affäre EDI/Comparis betreffend Priminfo**

Die Staatsanwaltschaft Zürich wirft in der Einstellungsverfügung zur Strafanzeige des EDI wegen eines angeblichen Hackerangriffs von Comparis auf den Bundesprämienrechner dem EDI vor, die Strafanzeige sei politisch und taktisch motiviert gewesen und habe als Vorwand gedient, die Einigung mit Comparis zu kündigen.

1. Was ist an dieser Einigung falsch?
2. Warum ist die Strafanzeige erst Jahr nach dem Vorfall eingereicht worden?
3. Weshalb wurde sie nicht schon vom Vorgänger von Bundesrat Berset eingereicht?

13.5369 Wermuth. Beratungsangebote der radikalen Abtreibungsgegner und Zusammenarbeit mit öffentlichen Spitälern

Die Schweizerische Hilfe für Mutter und Kind (SHMK) betreibt in Einsiedeln, Davos und Olten Babyfenster und bietet Beratungen für schwangere Frauen in Not an. Recherchen der "Zeit" (29.8.2013) zeigen, wie die Arbeit der SHMK funktioniert. Anstatt objektive Informationsarbeit zu leisten, werden die Klientinnen offenbar massiv unter Druck gesetzt.

1. Wie beurteilt der Bundesrat die Zusammenarbeit öffentlicher Spitäler mit der SHMK?
2. Wie will er unseriöse Beratungsangebote in Zukunft verhindern?

13.5371 Poggia. Wie kann das BAG die Konten von Santésuisse kontrollieren?

Der Bundesrat hat in seiner Antwort auf die Frage 13.5295 betont, dass die Krankenversicherer in Abstimmungskampagnen zur Zurückhaltung verpflichtet sind, da die Prämien der Versicherten nicht für solche Kampagnen verwendet werden dürfen. Santésuisse erfüllt seine Aufgaben zwar mit Geldern der Krankenversicherer, ist aber selbst kein Krankenversicherer, der den Kontrollen des BAG unterliegt. Wie also kann sichergestellt werden, dass Santésuisse die Zurückhaltungspflicht einhält?

13.5375 John-Calame. Soldaten aus der Romandie und Sozialhilfe der Armee (Interpellation Buttet 13.3329)

Angesichts der Tatsache, dass die Leistungen der Sozialhilfe bedarfsabhängig sind, bitte ich den Bundesrat folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie erklärt der Bundesrat den Unterstützungsbedarf der Romands?
2. Verlassen sie früher das familiäre Umfeld?
3. Haben sie geringere Löhne?
4. Spielt die Ausbildung eine Rolle?
5. Wurden über die Einkommen gesammelte Daten analysiert, und wenn ja, was geht aus ihnen über den Lebensstandard der Rekruten und die Lebenshaltungskosten in den verschiedenen Regionen des Landes hervor?

13.5388 Schwander. Registerharmonisierungsgesetz und Datenschutz

Bei der Umsetzung des Registerharmonisierungsgesetzes (RHG) verlangen die Kantone die Führung der administrativen Wohnungsnummer (aWn) in den Mietverträgen. Nun gehen einzelne Kantone und Gemeinden sogar so weit, dass sie von den Einwohnern eine Kopie des Mietvertrages verlangen mit der Begründung, so die aWn zu überprüfen.

1. War diese Einsichtsnahme bei der Diskussion rund um das RHG vorgesehen?
2. Ist das systematische Kopieren und Aufbewahren der Mietverträge mit dem DSG vereinbar?

13.5404 Schenker Silvia. Anrechenbare Mietzinsmaxima bei Ergänzungsleistungen. Wann kommt die Vorlage?

National- und Ständerat haben die Motion 11.4034, welche dem Bundesrat den Auftrag gibt, die anrechenbaren Mietzinsmaxima anzupassen, überwiesen. Die Betroffenen EL-Bezügerinnen und -Bezüger warten nun schon lange auf eine Anpassung der Maxima. Wie Ende 2011 in der Antwort des Bundesrats auf die Motion zu lesen war, ist der Mietpreisindex seit der letzten Anpassung um 18 Prozent gestiegen.

1. Wann kommt die Vorlage?
2. Auf welchen Zeitpunkt kann mit deren Umsetzung gerechnet werden?

13.5415 Müller Thomas. OECD. Sucht- und Alkoholprävention

Neuerdings beschäftigt sich die OECD auch noch mit Sucht- und Alkoholprävention. Die weitreichenden Vorschläge werden offensichtlich vom Bundesamt für Gesundheit (BAG) unterstützt, ohne dass vorher die interessierten Kreise und betroffenen Branchen angehört worden wären.

1. Ist der Bundesrat über diesen Aktivismus des Bundesamts für Gesundheit im Bild?
2. Hat er dem BAG ein entsprechendes Mandat erteilt?
3. Wer hat die Schweiz an der OECD-Sitzung vom 1. und 2. Juli 2013 in Paris vertreten?

13.5431 Rytz Regula. Was sind die Aufgaben von Adelheid Bürgi-Schmelz?

Der Bundesrat beschloss 2008, die damalige BFS-Direktorin Adelheid Bürgi-Schmelz nach einem dreijährigen Einsatz bei IWF in einer gleichwertigen Funktion und zum Salär einer Direktorin weiter zu beschäftigen. Um dies zu ermöglichen, wurde eine neue Funktion als Wirtschaftsberaterin geschaffen.

1. Welche Aufgaben beinhaltet diese Funktion im Detail?
2. Wo ist sie organisatorisch angesiedelt?
3. Wo wurden die Aufgaben von Frau Bürgi-Schmelz vor der Schaffung der neuen Funktion wahrgenommen?

13.5433 Carobbio Guscetti. Klinische Tests und Globalisierung. Was unternimmt Swissmedic, wenn in Drittländern durchgeführte klinische Tests die ethischen Normen verletzen?

Zahlreiche klinische Tests werden in Schwellenländern durchgeführt, in denen viele Menschen bereit sind, an den Tests teilzunehmen, um überhaupt medizinisch behandelt zu werden oder um etwas Geld zu verdienen. Dies birgt ethische Probleme, beispielsweise bei nicht zugelassenen Studienmedikationen oder bei fragwürdigen Einwilligungsverfahren.

Was gedenkt der Bundesrat zu unternehmen, damit bei der Zulassung von Medikamenten auch ethische Gesichtspunkte berücksichtigt werden?

Ist der Bundesrat nicht der Ansicht, dass Swissmedic auch die Einhaltung von ethischen Standards berücksichtigen muss?

13.5438 Rutz Gregor. Ausserparlamentarische Kommissionen

"Eine Einflussnahme auf die Beratungen der Bundesversammlung im Sinne eines Lobbyings" ist nicht Aufgabe ausserparlamentarischer Kommissionen (Antwort zur Ip. Spuhler, 12.3042). Umso unverständlicher, dass die Eidgenössische Kommission für Kinder- und Jugendfragen (EKKJ) mit genau diesem Ziel (wieder) an die Parlamentarier gelangt. Entgegen der WAK-N ruft die EKKJ zu Werbe- und Verkaufsverboten, Verbot von Happy Hours, Mindestpreisen etc. auf.

1. Wusste der Bundesrat davon?
2. Gilt die zitierte Antwort nicht mehr?

Justiz- und Polizeidepartement**13.5356 Geissbühler. Drogen-Bestellung über die Webseite Silk Road**

Immer öfters werden Drogen über die Webseite Silk Road gekauft. Per Post werden dann die Drogen nach Hause geliefert.

Was gedenkt der Bundesrat gegen diese Problematik zu unternehmen?

13.5358 Amaudruz. "Import" von im Ausland verurteilten Verbrechern. Wie sieht die Praxis aus?

Über die dramatische Ermordung von Adeline M. war in der Presse zu lesen, dass der Straftäter, der die doppelte französisch-schweizerische Staatsbürgerschaft besitzt, in Frankreich für ein ähnliches Verbrechen inhaftiert war, die Strafe aber auf eigenen Antrag hin in der Schweiz verbüssen konnte.

1. Welche Stellen sind bei den Kantonen und beim Bund für die Entscheidung über einen solchen Antrag zuständig?

Was sind die Kriterien bei doppelter Staatsbürgerschaft?

2. Was waren im Falle von Adeline M. die einzelnen Phasen im Entscheidungsprozess?

13.5360 Rickli Natalie. Entweichungen aus Straf- und Massnahmenvollzug

Auf meine Frage 09.5399 zu den 2500 Gefängnis- und Heimausbrüchen pro Jahr antwortete der Bundesrat, dass die polizeiliche Kriminalstatistik unter diversen Mängeln litt. Die Entweichungen aus dem Straf- und Massnahmenvollzug werden deshalb nicht mehr verzeichnet. Leider wird nur die "Spitze des Eisbergs" publik.

Ist der Bundesrat bereit eine Umfrage bei den Kantonen zu machen zu den jährlichen Entweichungen aus dem Straf- und Massnahmenvollzug?

13.5361 Rickli Natalie. Wie viele Opfer braucht es noch?

Nach den Mordfällen an Lucie und Marie und den Vergewaltigungen des Verwarnten Markus W. antwortete der Bundesrat auf Vorstösse jeweils mit: Wir müssen die Untersuchungsergebnisse abwarten und werden dann die nötigen Konsequenzen daraus ziehen. Nun ermordete im Kanton Genf ein Häftling seine Therapeutin während eines "Ausgangs".

1. Wie viele Opfer braucht es noch, bis der Bundesrat endlich einschreitet?

2. Ist eine Sitzung zu diesem Thema mit den Kantonen geplant?

13.5368 Hurter Thomas. Wieso sind die Eidgenössische Steuerverwaltung und die Eidgenössische Zollverwaltung keine aktiven Gläubiger im eSchKG-Verbund?

Mit grossem finanziellem und personellem Aufwand wird seit 2007 das Projekt eSchKG durch das Bundesamt für Justiz betrieben. Gemäss Auflistung des Bundesamtes für Justiz vom 28. August 2013 nehmen derzeit 54 aktive Gläubiger im eSchKG-Verbund teil. Dabei fällt auf, dass diverse kantonale und kommunale Steuerverwaltungen dazu gehören, während die ESTV, die EZV und weitere Ämter des EFD fehlen.

1. Wieso sind die Ämter des EFD nicht Teilnehmer im eSchKG-Verbund?

2. Ist eine Teilnahme vorgesehen?

Falls ja, wann?

13.5370 Rusconi. Aufenthaltsbewilligungen und Strafregisterauszug

Neulich konnte man in den Medien lesen, dass es offenbar nicht möglich ist, zu prüfen, ob eine Person, die in der Schweiz um eine Aufenthaltsbewilligung ersucht, die Anforderungen in strafrechtlicher Hinsicht erfüllt. Wegen der bilateralen Abkommen könne von EU-Bürgerinnen und -Bürgern in solchen Fällen kein Strafregisterauszug verlangt werden.

1. Kann der Bundesrat dies bestätigen?
2. Gedenkt er diesbezüglich eine Änderung der Abkommen zu erwirken?

13.5383 Glättli. Schlechterbehandlung von langjährigen syrischen Flüchtlingen gegenüber neu einreisenden Familienangehörigen aus Syrien

Der Bundesrat hat begrüssenswerter Weise Bestimmungen erlassen zu erleichterten Visabedingungen für die Familienangehörigen von in der Schweiz lebenden Syrerinnen und Syrer mit gültiger Aufenthaltsbewilligung. Diesen Flüchtlingen erwächst nach 90 Tagen Aufenthalt in der Schweiz ein Anspruch auf eine F-Bewilligung. Stellt die weitere Nicht- oder nicht prioritäre Behandlung von teilweise jahrelang hängigen syrischen Asylgesuchen angesichts dessen nicht eine offensichtliche Ungleichbehandlung dar?

13.5384 Glättli. Rasche Behandlung pender syrischer Asylgesuche

Seit dem 9. September 2013 verharren rund 300 Flüchtlinge aus Syrien vor dem Bundesamt für Migration (BFM) in Wabern. Total sind etwa 1800 syrische Gesuche meist seit Jahren hängig.

1. Was gedenkt der Bundesrat zu unternehmen, um für die Betroffenen eine schnellstmögliche Lösung zu finden?
 2. Wie rechtfertigt er die Sistierung dieser Gesuche über zwei Jahre?
- Angesichts der Situation im Herkunftsland hätten diese Gesuche im betreffenden Zeitraum prioritären Status haben müssen.

13.5397 Böhni. Es werden weniger Täter verwahrt. Warum?

Nach Annahme der Verwahrungsinitiative zeigt die Statistik, dass deutlich weniger Täter verwahrt werden. Dies, obwohl die Verwahrungsinitiative eigentlich eine Verschärfung zu folgen haben sollte.

1. Wie erklärt sich das der Bundesrat?
2. Haben Richter eventuell Angst, härtere Strafmasse auszusprechen, da sie zukünftige Bedrohungen fürchten?
3. Müsste dies in einem Bericht genauer untersucht werden?

13.5399 Amherd. Dringlichkeit der Überprüfung des Straf- und Massnahmenvollzuges in der Schweiz

Der Bundesrat hat in der Stellungnahme zur Mo. 13.3508 - Amherd, Effizienter Straf- und Massnahmenvollzug, den Bericht zum Po. 11.4072 - Amherd, Überprüfung des Straf- und Massnahmenvollzuges in der Schweiz, für 2014 in Aussicht gestellt.

1. Ist der Bundesrat bereit, angesichts der tragischen Ereignisse in letzter Zeit (Fall Marie VD und Fall Adeline GE) den Bericht schneller fertigzustellen?
2. Werden die Lehren aus vor erwähnten Fällen miteinbezogen?

13.5406 Hiltbold. Beabsichtigt der Bundesrat, den Vollzug von Strafen und Massnahmen zu vereinheitlichen?

Beabsichtigt der Bundesrat nach der Ermordung einer Sozialtherapeutin von einem gefährlichen Strafgefangenen in Genf die Harmonisierung der Regelungen zum Ausgang für gefährliche Strafgefangene und zur Verwahrung von Wiederholungstäterinnen und -tättern, so zu vereinheitlichen, dass die Praxis in allen Kantonen gleich ist?

13.5427 Schwander. Bundesgesetz über das bäuerliche Bodenrecht und das Betreibungsrecht

Bei einer Versteigerung regelt das Bundesgesetz über das bäuerliche Bodenrecht (BGBB) die Aufhebung des Zuschlags nicht selber (2C_978/2012, 2C_979/2012). So kann es vorkommen, dass auch noch landwirtschaftliches Land versteigert wird, obwohl der Erlös aus nichtlandwirtschaftlichem Land den Gesamtbetrag der beteiligten Forderungen schon längstens erreicht.

Sieht der Bundesrat auch Handlungsbedarf, die Verfahren nach BGBB und diejenigen nach Betreibungsrecht (SchKG) zum Schutz von Landwirtschaftsland und der bisherigen Eigentümer besser zu koordinieren?

Finanzdepartement

13.5353 Poggia. Prämien der Spitalzusatzversicherungen. Hat die Finma eingegriffen?

Der Bundesrat hat in seiner Antwort auf die Frage 13.5121 hatte der Bundesrat am 18. März 2013 angegeben, dass dank der neuen Spitalfinanzierung die Kosten für Versicherungsfälle aller Spitalzusatzversicherungen deutlich reduziert werden konnten. Aus diesem Grunde hatte die FINMA die Krankenversicherer dazu aufgerufen, dies bei der Festsetzung der Prämien für 2014 zu beachten. Ist es heute möglich, den Versicherten zu garantieren, dass ihre Beiträge für die Spitalkostenversicherung im Jahr 2014 sinken werden?

13.5367 Romano. Rückerstattungen bei den Krankenzusatzversicherungen. Welche Kassen, wie und warum?

Anfang Sommer haben verschiedene Versicherte von ihrer Krankenkasse die Mitteilung erhalten, dass die Zusatzversicherung im Jahr 2012 bei den Spitalbehandlungen Überschüsse erzielt habe und dass darum den Versicherten ein bestimmter Betrag rückerstattet werde.

1. Ist der Bundesrat darüber informiert?
2. Wie viele Krankenkassen werden solche Rückerstattungen vornehmen?
3. Wer hat die Richtigkeit der Berechnungen überprüft?
4. Sind die Krankenkassen absolut frei, solche Rückerstattungen zu beschliessen?
5. Ist das keine Marketing-Aktion, um neue Versicherte anzulocken?

13.5376 Reimann Maximilian. Hedge-Funds in der Schweiz

1. Wie viele Hedge-Funds haben ihren rechtlichen Sitz in der Schweiz?
Ist diese Zahl zu- oder abnehmend?
2. Wie oft sah sich die FINMA in den letzten 10 Jahren veranlasst, Hedge-Funds die Zulassungsbewilligung zu entziehen?
Was sind die Hauptgründe zum Entzug der Lizenz?
3. Operieren auch ausländische Hedge-Funds, insbesondere solche mit Sitz auf wenig transparenten und international kaum kontrollierbaren Offshore-Finanzplätzen, auf dem schweizerischen Markt?

13.5380 Reimann Maximilian. Bestehendes Instrumentarium zur Bekämpfung der Cyberkriminalität ist ungenügend!

Die Belästigungen und betrügerischen Machenschaften, denen man als Internet-Benutzer ausgesetzt ist, haben ein Ausmass angenommen, das nicht mehr tolerierbar ist und nach verstärktem staatlichem Handeln ruft.

1. Teilt der Bundesrat diese Meinung oder hält er die bestehende nationale und internationale Gesetzgebung im Kampf gegen die Cyberkriminalität noch für genügend?
2. Was gedenkt er zu unternehmen, damit das World Wide Web nicht noch mehr zum rechtsfreien Raum verkommt?

13.5385 Pantani. Benzinpreisvergünstigung in der Grenzzone

In den vergangenen Tagen hat die Lombardei eine weitere Benzinpreisvergünstigung für die Einwohner und Einwohnerinnen der Region beschlossen. Mit diesem Entscheid wird der Benzinpreis in der Lombardei billiger als an den grenznahen Tankstellen im Tessin. In Anbetracht der Millionenbeträge, die das Mendrisiotto in Form von Treibstoffzöllen und Mineralölsteuern dem Bund zahlt, frage ich den Bundesrat, was er zu tun gedenkt, um den Handel im Grenzgebiet zu unterstützen?

13.5386 Quadri. Die Lombardei manipuliert den Benzinpreis zum Schaden der Tessiner Wirtschaft

Die Region Lombardei hat die Benzinpreisvergünstigung für die an die Schweiz grenzenden Zonen erhöht und hat damit den Preisunterschied aufgehoben. Italien schädigt so mit einem staatlichen Eingriff in den freien Markt absichtlich und zum wiederholten Male die Tessiner Wirtschaft.

1. Wie beurteilt der Bundesrat diese Massnahme?
2. Erachtet er sie als legal?
3. Wenn nicht, wie gedenkt er einzugreifen?

13.5387 Derder. Die Volksinitiative "Erbschaftssteuerreform" ist verfassungswidrig. Wie denkt der Bundesrat darüber?

Einem Rechtsgutachten von Prof. Glauser (Universität Lausanne) zufolge verletzt die Volksinitiative "Erbschaftssteuerreform" den Verfassungsgrundsatz der Einheit der Materie.

1. Warum hat sich der Bundesrat in seiner Stellungnahme vom 13. September nicht über die Vereinbarkeit des Initiativtextes mit diesem Grundsatz geäussert?
 2. Beabsichtigt der Bundesrat, diese Frage eingehend zu prüfen?
- Ist zu diesem Zweck die Erstellung eines Gutachtens durch das Bundesamt für Justiz vorgesehen?

13.5403 Parmelin. Finma/Assura. Naivität oder gefährliche Liebschaften?

Am 21. März 2013 hat die Assura einen neuen Verwaltungsrat gewählt. Am 3. April hat Sanitas angekündigt, sie habe als CFO denjenigen Experten eingesetzt, den die FINMA damit beauftragt hatte, in der Assura-Gruppe wieder Ordnung zu schaffen.

1. Findet es der Bundesrat normal, dass dieser Experte noch während er im Auftrag der FINMA arbeitete, bereits in Verhandlungen mit seinem zukünftigen Arbeitgeber - also einem potenziellen Konkurrenten - stand?
2. Hätte die FINMA ihm nicht eine Karenzzeit auferlegen müssen, um nicht den Verdacht von Interessenskonflikten aufkommen zulassen?

13.5405 Böhni. Spekulation mit Grundnahrungsmittel. Droht uns, unseren Banken ein weiterer Reputationsschaden?

Der Bundesrat hat im Dezember 2009 den Bericht "Strategische Stossrichtungen für die Finanzmarktpolitik der Schweiz" verabschiedet und darin grosses Gewicht auf Integrität und Reputation gelegt. Es dürfte allgemein bekannt sein, dass der schweizerische Finanzplan aufgrund der un versteuerten ausländischen Vermögen einen riesigen Reputationsschaden erlitten hat. So wird Schweizer Banken vorgeworfen, dass sie mit Grundnahrungsmitteln spekulieren und so die Preise in die Höhe treiben. Besteht dadurch ein weiteres Reputationsrisiko?

13.5413 Birrer-Heimo. Keine Umgehung von Fatca via Anlagen in die Vorsorge

Die Finanzministerin hat in der Fatca-Debatte im Nationalrat zu meiner Frage zu un versteuerten Geldern bei Versicherungen geantwortet: "Soweit Versicherungen Bankgeschäfte im eigentlichen Sinn machen, sind sie den Bankenregelungen unterstellt und müssen die entsprechenden Nachweise auch erbringen."
Lässt sich mit Fatca ausschliessen, dass Gelder eines ausländischen Arbeitnehmers in der Schweiz, z.B. eine Bonuszahlung, direkt in ein Vorsorgevehikel fliessen und so in den USA nicht versteuert werden?

13.5419 Poggia. Warum wird das Abkommen vom 11. April 1983 zwischen dem Bundesrat und der französischen Regierung über die Besteuerung der Erwerbseinkünfte von Grenzgängern nicht aufgekündigt?

Gemäss dem Abkommen, das der Bundesrat 1983 im Namen von sieben Kantonen mit der Regierung der Französischen Republik geschlossen hat, gesteht die Schweiz Frankreich das Recht zu, die Erwerbseinkünfte von Grenzgängerinnen und Grenzgängern zu besteuern - gegen eine lächerliche Ausgleichszahlung an die Schweiz von 4,5 Prozent der Gesamtsumme der jährlichen Einkünfte. Angesichts der systematisch von Frankreich getroffenen steuerlichen Massnahmen gegen die Schweiz:
Warum wird diese Situation beibehalten und nicht das Abkommen aufgekündigt und eine Quellensteuer für Grenzgängerinnen und Grenzgänger eingeführt?

13.5432 Heim. Bundespersonal Umsetzung BPV

Die BPV Artikel 94b sieht die Möglichkeit vor, in Arbeitsverträgen mit dem Kaderpersonal Karenzfristen zu vereinbaren.

1. In wie vielen Arbeitsverträgen wurde dies seit Bestehen dieses Artikels aufgenommen?
2. Wie viele Kaderleute haben seither ohne Karenzfrist von 2 Jahren in einen Bereich der Privatwirtschaft gewechselt, der in unmittelbarem Zusammenhang zu ihrer früheren Tätigkeit gestanden ist?
3. Auf welcher gesetzlichen Grundlage gründet die genannte Verordnungsbestimmung?

Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung

13.5354 Pelli. Stärkung der beruflichen Grundbildung. Senkung des Mindestalters für "gefährliche Arbeiten"

Der Bundesrat hat anerkannt, dass es im Interesse der beruflichen Grundbildung in der Schweiz notwendig ist, unter bestimmten Voraussetzungen das Mindestalter zu senken, ab dem Jugendliche für sogenannte gefährliche Arbeiten beschäftigt werden dürfen. Ich frage den Bundesrat:

1. Wie ist der Stand der Arbeiten zur Änderung der Verordnung 5 zum Arbeitsgesetz (ArGV 5)?
2. Wann wird diese Änderung voraussichtlich in Kraft treten?
3. Erachtet der Bundesrat neben der Änderung von Artikel 4 ArGV 5 auch eine Änderung von Artikel 9 derselben Verordnung als sinnvoll?

13.5359 Grin. Auswirkungen der 1:12-Initiative auf internationale Organisationen

Die Schweiz ist Sitz zahlreicher internationaler Organisationen aus dem Bereich des Sports und anderen Bereichen.

1. Was wären, im Falle einer Annahme der 1:12-Initiative, die Auswirkungen auf den Fortbestand dieser Organisationen in der Schweiz?
2. Könnte es nicht sein, dass manche von ihnen ihren Sitz verlegen würden?

13.5377 Schneider-Schneiter. Praxisverschärfung Tax Holidays

Der vor kurzem publik gewordene Entscheid von Yahoo, aus der Schweiz wegzuziehen, sowie die Feststellung von Beratungsunternehmen, dass kaum mehr Ansiedlungen von wichtigen Firmen in der Schweiz stattfinden und diverse Firmen einen Wegzug aus der Schweiz prüfen, werfen grundsätzliche Fragen nach der Standortattraktivität der Schweiz auf.

Wie stellt sich der Bundesrat vor diesem Hintergrund zur Praxisverschärfung des Seco im Zusammenhang mit der Gewährung oder Verlängerung von Tax Holidays?

13.5382 Glättli. Exportkontrolle von Überwachungssoftware aus der Schweiz

Mehrere in der Schweiz ansässige Unternehmen vertreiben Software, welche repressive Regimes zur Überwachung des Internetverkehrs verwenden (z.B. das Produkt FinFisher). Unter anderem in Bahrain und Turkmenistan steht die Nutzung dieser Software in Zusammenhang mit schweren Menschenrechtsverletzungen.

1. Fällt der Export solcher Software unter das Güterkontrollgesetz?
2. Wie regelt das Seco den Export solcher Software derzeit?
3. Ist der Bundesrat gewillt, den Export solcher Software stärker zu regeln?

13.5398 Rutz Gregor. Schweiz Tourismus. Auftragsvergabe ohne Ausschreibung

Medienberichten zufolge erteilt Schweiz Tourismus jährlich Aufträge im Umfang von über 2 Millionen Franken an das Switzerland Travel Center (STC) - ein Unternehmen, welches Schweiz Tourismus, der SBB sowie weiteren, auch privaten, Miteigentümern gehört. Diese Aufträge erhält das STC offenbar ohne öffentliche Ausschreibung.

1. Treffen diese Medienberichte zu?
2. Wie stellt der Bundesrat sicher, dass der Wettbewerb gewährleistet und den gesetzlichen Auflagen seitens Schweiz Tourismus Folge geleistet wird?

13.5401 Büchel Roland. Die Uno-Sanktionen und der Musterschüler Schweiz

Der Bundesrat hat den Export von Sportwaffen nach Nordkorea erlaubt. Mitten in diesem Sommer bezeichnete er Skiliftanlagen als Luxusgüter. Deswegen darf der letzte Seilbahnhersteller in Schweizer Hand (trotz erfolgter Entwicklungs- und Fertigungsauslagen in Millionenhöhe) nicht liefern.

Befürchtet der Bundesrat, dass Seilbahnunternehmen aus Uno-Mitgliedstaaten, welche die Resolution 1718 anders interpretieren, die Anlage auf dem Berg Masik erstellen werden?

13.5408 Aebischer Matthias. Starker Franken. Weitere Korrektur nötig

Vor zwei Jahren gab die SNB bekannt, dass sie einen Mindestkurs von 1.20 Franken zum Euro verteidigen werde, um die "massive Überbewertung" des Frankens, die eine "Bedrohung für die Schweizer Wirtschaft" darstelle, zu bekämpfen. Diese Massnahme hatte den Standort Schweiz vor grossem Ungemach verschont. Der Frankenkurs ist aber für die Exportwirtschaft immer noch zu hoch. Ein Eurokurs von 1.35 Franken müsste das Ziel sein.

Was unternimmt der Bundesrat, damit die SNB den Franken weiter abschwächt?

13.5409 Leutenegger Oberholzer. Realwirtschaftlich anzustrebender Frankenkurs

Vor zwei Jahren legte die SNB eine Untergrenze des Franken/Eurokurses von Franken 1.20 fest. Der effektive Kurs pendelt sich bei Franken 1.24 ein.

1. Welcher Kurs ist aus gesamtwirtschaftlicher Sicht noch immer zu hoch?

2. Welcher Kurs ist aus Sicht des Bundesrats realwirtschaftlich anzustreben?

13.5410 Pardini. Positive Effekte der Franken-Untergrenze

Die Festlegung einer Untergrenze des Frankens zum Euro hat grössere wirtschaftliche Verwerfungen verhindert.

Wie gross sind nach Ansicht des Bundesrates die positiven Effekte dieser Massnahme insbesondere

- auf die Beschäftigungslage?
- die Industrie?
- die Exportwirtschaft?

13.5416 Stamm. Geheime Arbeitsgruppe zur Einwanderungs-Initiative (1)

Gemäss Medienberichten gibt es unter der Leitung des Seco eine Arbeitsgruppe, welche sich mit den Auswirkungen der Personenfreizügigkeit befasst.

Hierzu wird der Bundesrat gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Gibt es eine solche Arbeitsgruppe?
2. Wer ist Mitglied dieser Gruppe?

13.5417 Reimann Lukas. Geheime Arbeitsgruppe zur Einwanderungs-Initiative (2)

Gemäss Medienberichten gibt es unter der Leitung des Seco eine Arbeitsgruppe, welche sich mit den Auswirkungen der Personenfreizügigkeit befasst.

Hierzu wird der Bundesrat gebeten folgende Frage zu beantworten:

Weshalb wird ein solch brisantes Thema, mit Zusammenhang zur Einwanderungs-Initiative, nicht breit und offen diskutiert, sondern in einer einseitigen und geheimen Arbeitsgruppe?

13.5423 Pieren. Geheime Arbeitsgruppe zur Einwanderungs-Initiative (3)

Gemäss Medienberichten gibt es unter der Leitung des Seco eine Arbeitsgruppe, welche sich mit den Auswirkungen der Personenfreizügigkeit befasst.

Hierzu wird der Bundesrat gebeten folgende Fragen zu beantworten:

1. Welchen Auftrag hat diese Arbeitsgruppe?
2. Zu welchen Schlussfolgerungen ist die Gruppe bereits gekommen?

13.5420 John-Calame. Bienensterben. Antwort von Bundesrat Schneider-Ammann vom 11. März 2013 (1)

Der Bundesrat hat erklärt, dass der Ertragsrückgang bei ausbleibendem Pflanzenschutz im Durchschnitt zwischen 30 und 40 Prozent erreichen könnte. Italienischen Studien zufolge ist aber der Ertragsrückgang bei Mais bei einem Verzicht auf Neonicotinoide unerheblich.

1. Auf welche Studien stützt sich der Bundesrat bei seinen Angaben?
2. Welche Gewähr bietet er für die Unabhängigkeit der Fachleute?

13.5421 John-Calame. Bienensterben. Antwort von Bundesrat Schneider-Ammann vom 11. März 2013 (2)

Ist der Bundesrat bereit, eine unabhängige Stelle damit zu beauftragen in einer Langzeitstudie zu untersuchen, welche Auswirkungen ein Verzicht auf Pestizide auf die Erträge bei verschiedenen landwirtschaftlichen Kulturen hat, dies im Vergleich zu natürlichen Methoden (Felderwirtschaft oder Mischkultur, biologische Schädlingsbekämpfung etc.)?

13.5422 Nordmann. Vorteile der hohen Stabilität des Franken-Euro-Kurses

Seit Einführung der Kursuntergrenze hat sich die Volatilität drastisch reduziert.

Kann der Bundesrat bestätigen, dass dieses System für die Wirtschaftsakteure vorteilhaft ist, da es die Unsicherheit im Wirtschaftskreislauf mindert?

13.5425 Guhl. Bienen. Varroaforschung am Zentrum für Bienenforschung. Wie weiter?

Im Rahmen der Beantwortung der Motion 13.3367 sagte der Bundesrat, dass er die Problematik um das Bienensterben sehr ernst nimmt. Die grösste Ursache ist die Varroamilbe. Eine Stelle am Zentrum für Bienenforschung, die durch eine Stiftung finanziert wird, fällt Ende 2014 weg.

Wie stellt der Bundesrat sicher, dass die Forschung zur Bekämpfung der Varroa im gleichen Rahmen oder noch besser verstärkt weitergeführt wird?

13.5426 Fiala. Vertreibung von tausende Personen durch den Dammprojekt in Myanmar. Beteiligung einer Schweizer Firma

Laut Magazin "The Irrwaddy" sind rund 8000 Personen durch den Bau des "Upper Paunglaung" Staudamms in Myanmar von ihrem Land vertrieben worden. Am Damm soll auch eine Schweizer Firma beteiligt sein.

1. Hat der Bundesrat Kenntnis von den Problemen um den Damm?
2. Ist er der Ansicht, dass sich die Beteiligung von Schweizer Firmen an solchen Projekten bzw. der Mangel an CSR auf das Image der Schweiz in Myanmar auswirken kann, kurz vor Beginn der ersten Runde des bilateralen Wirtschaftsdialogs?

13.5435 Sommaruga Carlo. Myanmar: Schweizer Firma in Menschenrechtsverletzungen verwickelt

Tausende Menschen sind durch den Bau des "Upper Paunglaung"-Staudamms in Myanmar von ihrem Land vertrieben worden - und das ohne angemessene Entschädigungszahlung. Am Bau des Damms ist auch das Schweizer Ingenieurunternehmen AF Consult beteiligt.

1. Was beabsichtigt der Bundesrat zu tun, um solche Fälle in Zukunft zu vermeiden?
2. Wäre es nicht angemessen, mittels verstärkter Prüfverfahren (Due-Diligence-Massnahmen) die Schweizer Investitionen in Myanmar transparenter zu machen, um einen besseren Schutz der Menschenrechte und der Umwelt zu gewährleisten?

13.5436 Müller Leo. Rückgang Selbstversorgung in der Schweiz

Die Menge an Getreide, die im Inland produziert wird, nimmt seit Jahren ab und somit steigt die Importmenge. Folglich sinkt der Selbstversorgungsgrad. Der Nettoselbstversorgungsgrad der inländischen Nahrungsmittelversorgung liegt nur noch knapp über 50 Prozent.

1. Was hat der Bundesrat getan, um diese Tendenz zu brechen?
2. Ist er der Meinung, dass er alle erforderlichen Massnahmen in die Wege geleitet hat, um eine Trendumkehr zu bewirken und die Inlandversorgung wieder gegen 60 Prozent anheben zu lassen?

13.5439 John-Calame. Arbeitslosigkeit und Personenfreizügigkeit

Ist der Bundesrat bereit - im Sinne einer umfassenden Transparenz bezüglich der Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt - in der vom SECO monatlich veröffentlichten Statistik über die Lage auf dem Arbeitsmarkt auch die Zahlen zu den EU-Bürgerinnen und -Bürgern aufzuführen, die Leistungen der Arbeitsversicherung beziehen, weil sie die Beitragszeit gestützt auf die bilateralen Abkommen über die Personenfreizügigkeit erfüllen?

13.5440 John-Calame. Aktive Überwachung der Migrationsströme

Ist der Bundesrat bereit, eine Arbeitsgruppe (bestehend aus Vertreterinnen und Vertretern von SECO, NGOs, Gewerkschaften, Arbeitslosenstellen und Sozialhilfe) einzusetzen, die damit beauftragt wird, die Migrationsströme aktiv zu überwachen, damit den unverhältnismässigen Reaktionen bezüglich der hier ansässigen Ausländerinnen und Ausländer vorgebeugt werden kann?

Departement für auswärtige Angelegenheiten

13.5355 Fehr Jacqueline. Honorarkonsul in Eritrea

In letzter Zeit häufen sich die Klagen von Flüchtlingen aus Eritrea über den dortigen Honorarkonsul, den Schweizer Toni Locher.

1. In welcher Beziehung steht Herr Locher zur offiziellen Schweiz?
2. Hat er ein offizielles Mandat?
3. Wie schätzt der Bundesrat die Rolle des Honorarkonsuls in Bezug auf dessen Beziehungen zum dortigen Herrscher ein?
4. Welche Rolle spielt er bei der eritreischen Diaspora?

13.5357 Fehr Jacqueline. Syrien. Rolle der Schweiz

Nach dem ersten Verhandlungsdurchbruch in Genf am 15. September 2013 ist vieles im Gang.

Vor diesem Hintergrund bitte ich den Bundesrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Welche Rolle sieht er für die Schweiz bei den Bemühungen um weitere Schritte in Richtung einer politischen Lösung der Syrienkrise?
2. Welche Rolle sieht er insbesondere für das Labor Spiez, für Genf als möglichen Konferenzort und für die Guten Dienste der Schweizer Diplomatie?

13.5381 von Graffenried. Wie weit sind wir mit der Strategie Menschenrechte für die Wirtschaft?

Im Dezember 2012 nahm der Nationalrat mein Postulat "Eine Ruggie-Strategie für die Schweiz" an. Dieses verpflichtet den Bundesrat, eine Strategie zur Umsetzung der Uno-Leitlinien für Wirtschaft und Menschenrechte zu erarbeiten.

1. Wie sieht dieser Prozess nun genau aus?
2. Wie sollen Massnahmen festgelegt werden, wird der Ist-Zustand systematisch mit dem Soll-Zustand gemäss der Leitlinien verglichen?
3. Wie werden die externen Akteure in den Prozess einbezogen?

13.5428 Büchel Roland. Institutionelles Rahmenabkommen. Ein fragwürdiges Verhandlungsmandat

Der Bundesrat verabschiedete am 21. August 2013 ein Verhandlungsmandat über institutionelle Fragen mit der EU.

1. Mit welchen Konsequenzen hat die Schweiz zu rechnen, wenn kein institutionelles Abkommen abgeschlossen wird?
2. Welches sind die Alternativen zu diesem Abkommen?

13.5430 Fehr Hans. Fragwürdiges Verhandlungsmandat über ein institutionelles Rahmenabkommen mit der EU

Der Bundesrat verabschiedete am 21. August 2013 einen Entwurf für ein Verhandlungsmandat über institutionelle Fragen mit der EU.

Der Bundesrat wird gebeten, folgende Frage zu beantworten:

Wie sollen in diesem Abkommen die dynamische Übernahme von Recht und die entsprechende Kontrolle ausgestaltet sein?

13.5437 Aeschi Thomas. Fragwürdiges Verhandlungsmandat über ein institutionelles Rahmenabkommen mit der EU

Der Bundesrat verabschiedete am 21. August 2013 einen Entwurf für ein Verhandlungsmandat über institutionelle Fragen mit der EU.

Er wird gebeten, folgende Frage zu beantworten:

1. Welche konkreten Rechtsauslegungsprobleme sind bei den bilateralen Verträgen aufgetreten, dass ein neues Rahmenabkommen notwendig wird?
2. In welchen Dossiers traten diese Probleme auf?

13.5429 Hurter Thomas. Wie weiter mit Schweizer Arbeitsplätzen auf dem Flughafen Basel-Mühlhausen?

Seit 1949 wenden die im schweizerischen Zollbereich des Flughafens angesiedelten Unternehmen dem Schweizer Arbeits- und Steuerrecht an. Trotz Beratungsgruppe und Gesprächen setzt sich Frankreich über den geltenden Staatsvertrag hinweg.

In diesem Zusammenhang stellen sich folgende Fragen:

1. Hat sich Frankreich im Rahmen der französisch-schweizerischen Arbeitsgruppe zum Schweizer Vorschlag geäußert?
In welcher Form?
2. Was gedenkt der Bundesrat weiter zu unternehmen?

Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport

13.5366 Semadeni. Wer zahlt die Bündner Olympia-Zeche?

Am 3. März 2013 haben die Bündner Stimmberechtigten das Olympiaprojekt St. Moritz 2022 an der Urne begraben. Für die Phase 1 (Vorbereitung Kandidatur) bis Mitte 2013 waren 5,43 Millionen Schweizer Franken budgetiert.

1. Was kostete die Kandidatur bis zum Nein des Bündner Volkes?
2. Wer hat die millionenteure Abstimmungskampagne bezahlt?
3. Wie viel hat der Bund wofür ausgegeben?
4. Welche Kosten wurden von privater Hand übernommen?
5. Wann wird die Schlussrechnung veröffentlicht?

13.5373 Geissbühler. Zukunft der Fest Mw 12 cm

1. Mit welchen Massnahmen wird der Kampfwert der 12 cm Festungsminenwerfer und das Wissen über deren Bedienung und dessen Einsatz erhalten?
2. Welche Munitionsreserven bestehen noch?
3. Was passiert mit ihnen?

13.5379 Flückiger Sylvia. Zukunft der Panzerjäger

1. Welche Verwendung hat die Armee für die Panzerjäger (TOW), bzw. deren Fahrzeugen in der WEA und den dazugehörigen Munitionsreserven?
2. Werden die Fahrzeuge zu Sanitäts- oder Kommando-Fahrzeugen umgebaut und/oder verschrottet?
3. Wie lange werden Rekruten noch an diesem System ausgebildet?
4. Welcher Ersatz ist für die infanteristische Panzerbekämpfung mit grösserer Reichweite vorgesehen?

13.5389 Glättli. Häufigkeit von gemeinsamen Operationen NDB mit anderen Diensten

Die GPDeI als Oberaufsicht muss über gemeinsame nachrichtendienstliche Operationen des NDB mit anderen Geheimdiensten innerhalb von 24 Stunden informiert werden, der Bundesrat muss sie bewilligen.

1. Wie oft gab es solche Orientierungen/Bewilligungen 2012 und 2013?
2. Gilt ein Austausch von Informationen als gemeinsame Operation?
3. Gilt eine Überwachung eines Dienstes aufgrund von Hinweisen oder von Schlüsselbegriffen eines anderen Dienstes, bei der die Resultate zurückfliessen, als gemeinsame Operation?

13.5390 Glättli. Konkrete Auseinandersetzung von Bundesrat und GPDeI mit den Enthüllungen von Snowden

Gemäss Antwort 13.5284 befassen sich der Sicherheitsausschuss des Bundesrates und die GPDeI "regelmässig" mit Aktivitäten fremder Nachrichtendienste.

1. Wie oft und in welchen Wochen hat sich jedes der Gremien konkret mit den verschiedenen Enthüllungen (Prism, Tempora, XKeyScore, CIA Spionage in der Schweiz, Zusammenarbeit NDB mit anderen Diensten) und/oder eigenen zusätzlichen Erkenntnissen des NDB in diesem Zusammenhang beschäftigt?
2. Wie oft wurden sie umfassend informiert?
3. Wie oft wurden Beschlüsse gefasst?

13.5391 Glättli. Hat der Gesamtbundesrat konkret die Snowden-Enthüllungen und Konsequenzen daraus debattiert?

Gemäss Antwort 13.5284 befassen sich der Sicherheitsausschuss des Bundesrates und die GPDeI "regelmässig" mit Aktivitäten fremder Nachrichtendienste.

1. Wie oft wurde der Gesamtbundesrat seit Bekanntwerden der verschiedenen Enthüllungen (Prism, Tempora, XKeyScore, CIA Spionage in der Schweiz, Zusammenarbeit NDB mit anderen Diensten) darüber informiert?
2. Hat er auch darüber debattiert?
Wenn ja, wie oft?
3. Wurden Beschlüsse gefasst?
Welche?

13.5393 Leutenegger Oberholzer. Demokratische Debatte. Mündliche Antworten

Die Antworten auf die Fragen am 16. September 2013 zeigen: Der Bundesrat verweigert eine demokratische Auseinandersetzung über die Tätigkeit ausländischer Geheimdienste in der Schweiz und versteckt sich hinter der GPDeI.

Ist der Bundesrat wenigstens bereit, die gestellten Fragen in der bevorstehenden Fragestunde mündlich zu beantworten, so dass Nachfragen möglich sind?
Die schriftliche Einwegkommunikation dient eher der Verschleierung als der Aufklärung.

13.5394 Leutenegger Oberholzer. Sistierung der Zusammenarbeit mit der NSA

Ist der Bundesrat bereit, vorläufig jede Zusammenarbeit des Nachrichtendienstes des Bundes und eventuell anderer Bundesstellen mit der US-amerikanischen National Security Agency NSA zu suspendieren, bis über die Tätigkeit der NSA (ev. in Verbindung mit anderen ausländischen Geheimdiensten) in der Schweiz und deren Erhebung und Verwertung von Daten in und über die Schweiz, schweizerische Personen und Unternehmungen volle Transparenz herrscht?

13.5395 Leutenegger Oberholzer. Wirtschaftsspionage durch Geheimdienste in und gegen die Schweiz

1. Was haben die in der Fragestunde vom 16. September angekündigten Abklärungen über das Knacken von Verschlüsselung von Banktransaktionen ergeben?
2. Kann der Bundesrat mit Sicherheit feststellen, dass die NSA keinen Zugriff auf die Rechenzentren von SWIFT hatte?
3. Wie beurteilt er die Gefahr von Wirtschaftsspionage durch die NSA gegen die Schweiz?

13.5396 Schwaab. Ermöglicht unsere Rechtsordnung eine wirkungsvolle Bestrafung der Spionagetätigkeiten zugunsten der NSA?

Schweizer Bürgerinnen und Bürgern sowie sonstige Personen mit Wohnsitz in der Schweiz sind von Spionagetätigkeiten durch ausländische Nachrichtendienste wie die NSA und private schweizerische oder ausländische Firmen betroffen.
Kann der Bundesrat garantieren, dass sämtliche Spionagetätigkeiten zugunsten ausländischer Nachrichtendienste strafrechtlich verfolgt werden können?
Falls nicht, wird der Bundesrat dem Parlament neue Bestimmungen vorschlagen, um allfällige Lücken im Strafrecht zu füllen?

13.5402 Büchel Roland. Systematisches Doping auch auf Kosten der Allgemeinheit

Soeben hat ein Amerikaner im Alter von 41 Jahren und 327 Tagen die Spanienrundfahrt gewonnen. Seine bisherige sportliche Karriere war bescheiden. Eine Studie der renommierten Berliner Humboldt-Universität belegt, dass es nicht nur in der DDR sondern auch in der BRD während Jahrzehnten staatlich gesteuerte und finanzierte Dopingprogramme gab.
Kann ausgeschlossen werden, dass sich Sportler in der Schweiz noch heute auf Kosten der Allgemeinheit oder der Kranken- oder Unfallversicherungen dopen?

13.5407 Glanzmann. Unterhalt der Mietflugzeuge Gripen C/D

Die Kampfflugzeuge Tiger F5 werden so bald als möglich aus dem Verkehr gezogen. Bis der Gripen E lieferbar ist, schlägt der Bundesrat eine Übergangslösung mit Mietflugzeugen vor. Heute bestehen bei der Schweizer Industrie rund 150 Arbeitsplätze, die für die Wartung der Tiger F5 und ihrer Komponenten zuständig sind.
1. Wird mit Schweden über die Ausführung der Wartung dieser Mietflugzeuge und ihrer Komponenten verhandelt?
2. Welcher Anteil der Wartung wird in der Schweiz ausgeführt?

13.5441 Sommaruga Carlo. NSA. Zusammenarbeit zwischen dem NDB und den USA

Angesichts der knappen Antworten des VBS-Chefs bei der Fragestunde von Montag, dem 16.09.2013, stelle ich folgende Frage:
1. Welche formellen Schritte hat das EDA gegenüber den USA eingeleitet, um die Missbilligung und Verurteilung der Verletzung der Schweizer Souveränität zum Ausdruck zu bringen?
2. Welche Schritte hat das VBS in diesem Sinne unternommen?

13.5442 Sommaruga Carlo. Geheimdienste. Zusammenarbeit zwischen NDB und NSA

Kürzlich hat ein Treffen zwischen dem US-amerikanischen und dem Schweizer Geheimdienst (vertreten durch M. Seiler) in Washington stattgefunden.
1. Wurde bei diesem Anlass die Frage nach der Verletzung unserer Souveränität behandelt?
2. Wurde die Frage nach den gesetzlichen Rahmenbedingungen der Zusammenarbeit gestellt?
3. Wie steht es mit der Frage, ob die Beschaffung der Informationen legal war?